

jW-Vierteiler von Kurt Gossweiler



<https://www.jungewelt.de/artikel/311087.filialen-der-einen-großen-partei.html>

Aus: **Ausgabe vom 20.05.2017**, Seite 3 (Beilage) / Wochenendbeilage

Filialen der einen großen Partei

Faschistische Organisationen sind seit dem Ende des Ersten Weltkrieges ein unverzichtbarer Bestandteil des imperialistischen deutschen Herrschaftssystems (Teil I)

Von Kurt Gossweiler



»Für viele Menschen ist der Maßstab für die Größe der Gefahr eines neuen Faschismus das Anwachsen der faschistischen Organisationen und ihrer Vertretungen in den Parlamenten.« Foto: Der AfD-Landesvorsitzende von Thüringen, Björn Höcke, am 1. Mai auf einer Demonstration seiner Partei in Erfurt

In dieser Woche starb der Historiker Kurt Gossweiler im Alter von 99 Jahren. Wir veröffentlichen in Fortsetzungen auszugsweise an dieser Stelle einen Artikel, den er unter dem Titel »Der deutsche Imperialismus und der Platz des Faschismus in seinem Herrschaftssystem heute« im Januar 2005 verfasste. Der vollständige Text ist auf der Internetseite kurt-gossweiler.de zu lesen.

In Deutschland sind die »Braunen« wieder im Vormarsch. (...) Wo es den braunen Demagogen gelingt, wieder Masseneinfluss zu erlangen, und das gar noch besonders unter Jugendlichen, da ist in der Tat Grund genug, Alarm zu schlagen; denn der Faschismus ist keine politische Strömung, sondern ein Verbrechen – in welcher Gestalt er auch immer auftritt, nicht nur als Faschismus an der Macht, sondern auch als »Bewegung«, Partei, »Kameradschaften« oder »Rechts-Rock-Bands«. (...)

I. Zum Verhältnis der herrschenden Klasse der Bundesrepublik Deutschland zu den NSDAP-Nachfolgaparteien und -organisationen

Für viele, vielleicht sogar für die meisten Menschen ist der Maßstab für die Größe der Gefahr eines neuen Faschismus das Anwachsen der faschistischen Organisationen und ihrer Vertretungen in den Parlamenten. Sie meinen, die Hauptgefahr gehe von diesen Organisationen aus. Sie sind noch nicht dahintergekommen, dass diese Organisationen genau wie die großen Parteien, von der SPD bis zur CSU, nur Filialen der einen großen Partei der herrschenden Klasse, der imperialistischen deutschen Monopolbourgeoisie, darstellen, deren wirkliche, den Kurs bestimmende Leitungen im BdB (Bundesverband deutscher Banken), im BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie), im BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) und im DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag) sitzen.

Die hierzulande wohlberechnet nicht mit dem ihnen zustehenden Namen, nämlich »faschistisch«, sondern als »rechtsextremistisch« benannten Parteien sind seit dem Ende des Ersten Weltkrieges ein unverzichtbarer Bestandteil des imperialistischen Herrschaftssystems. Durch nichts wird das deutlicher als daran, dass ihre Existenz von Beginn der Bundesrepublik an völkerrechtswidrig und sogar grundgesetzwidrig vom Staat ermöglicht und geschützt wurde und wird.

Im Potsdamer Abkommen hatten die USA, die Sowjetunion und Großbritannien festgelegt: »Die Nationalsozialistische Partei, ihre Zweigeinrichtungen und die von ihr kontrollierten Organisationen sind zu vernichten; alle nazistischen Einrichtungen sind aufzulösen; es sind Sicherheiten zu schaffen, dass sie in keiner Form wiedererstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung ist vorzubeugen.«

Und im Artikel 139 des Grundgesetzes der BRD ist festgelegt: »Die zur »Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus« erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt«, bleiben also in Kraft, was die Bundesregierung 1973 in ihrem Antrag zur Aufnahme in die UNO ausdrücklich noch einmal bekräftigte. (...)

Das waren leere Worte, an die sich keine einzige Bundesregierung gebunden fühlte. Ganz im Gegenteil: Der Aufbau der BRD war in entscheidenden Teilen das Werk der Hitler-Wehrwirtschaftsführer, der Hitler-Beamten wie (Hans) Globke (1898–1973) und (Theodor) Oberländer (1905–1998), der Hitler-Generäle, und der Hitler-Juristen. Die BRD war von Beginn an ein Schutzgebiet für Hitlers Helfer, in das die in der SBZ und der DDR von Bestrafung für Kriegsverbrechen bedrohten Nazis flüchteten. Nur die am schwersten belasteten und international gesuchten Kriegsverbrecher verließen – mit Hilfe von staatlichen und kirchlichen Einrichtungen mit einer neuen Identität ausgestattet – auch die BRD über die »Rattenlinie« in Richtung Südamerika.

Und selbstverständlich dachte keine Länderregierung vor 1949 und keine Bundesregierung nach Gründung der BRD daran, die Gründung von Parteien zu verhindern, die bei Einhaltung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und des Artikels 39 des Grundgesetzes nie hätten zugelassen werden dürfen.

Europa-Nationalismus und Neonazis

Der deutsche Imperialismus, seine Vorherrschaft in der EU heute und Traditionen aus dem Nazireich (Teil II)

Von Kurt Gossweiler



Dresden, 13. Februar 2010: Aufmarsch von Neonazis am Bahnhof Neustadt

Am 15. Mai starb der Historiker Kurt Gossweiler im Alter von 99 Jahren. Wir veröffentlichen in Fortsetzungen auszugsweise an dieser Stelle einen Artikel, den er unter dem Titel »Der deutsche Imperialismus und der Platz des Faschismus in seinem Herrschaftssystem heute« im Januar 2005 verfasste. Der vollständige Text ist auf der Internetseite kurt-gossweiler.de zu lesen.

Das Ende des »Sowjetblocks« war zugleich der Startschuss für den Beginn einer neuen Runde im Kampf der imperialistischen Staaten um die Neuaufteilung der Welt. Dabei geht es jetzt erstens um die Erlangung des größten Stückes der Beute aus dem Zerfall der »zweiten Welt«, der

Sowjetunion und der sozialistischen Staaten Europas; dabei geht es zweitens um die Rekolonialisierung bzw. durchgängige Neokolonialisierung der Länder der »dritten Welt«, denen mit der Sowjetunion und deren europäischen Verbündeten ein wichtiger Rückhalt in ihrem Widerstand gegen die imperialistischen Aggressionen verlorengegangen ist. Verflochten damit geht es drittens um den Kampf um die immer knapper werdenden Rohstoffressourcen, vor allem um jene nur noch für Jahrzehnte ausreichenden des Erdöls. (...)

Der deutsche Imperialismus hat aus den zwei Niederlagen, die er erlitt, als er im Alleingang bzw. mit nur so schwachen Bundesgenossen wie Österreich und der Türkei im Ersten Weltkrieg, Italien und den Satellitenstaaten der »Achse« Berlin–Rom in Europa im Zweiten glaubte, die ganze übrige Welt niederringen zu können, gelernt und daraus die Schlussfolgerung gezogen: Er kann den dritten Anlauf zum Griff nach der Weltherrschaft nicht mehr mit einem durch Waffengewalt unterworfenen Europa als Hinterland unternehmen, sondern nur mit einem, das Deutschland als die stärkste ökonomische und politische Macht des Kontinents als Führungskraft einer Europäischen Union anzuerkennen bereit ist.

In der Tat hat die BRD als stärkste ökonomische Macht in Europa und dritt- oder gar zweitstärkste ökonomische Macht in der Welt die Vorherrschaft in der EU erlangt und strebt danach, sie unter deutscher Führung zur ökonomisch, politisch und militärisch den USA zunächst ebenbürtigen, dann aber sie überholenden Macht auszubauen.

Noch aber ist diese EU ein sehr lose vereintes und wegen der zahlreichen Interessendivergenzen ihrer nun schon 25 Mitglieder (dieser Artikel erschien 2005, *jW*) ein noch recht labiles Gebilde, das aus der Zone der Einsturzgefahr noch nicht herausgekommen ist und noch vor schweren Belastungsproben, z. B. in der Frage der Aufnahme der Türkei als Vollmitglied, steht. Wenn der deutsche Imperialismus diese EU zu der Basis gestalten will, von der aus er den Kampf mit dem US-Imperialismus als Kampf aller Mitglieder der EU und des ganzen Kontinents Europa um die Nummer eins im Weltmaßstab mit Erfolg führen kann, dann muss er die Empfindlichkeit der europäischen Völker, die er im Zweiten Weltkrieg unter seine Stiefel getreten hat, berücksichtigen, dann gefährden schrille revanchistische und nationalistische »Deutschland über alles!«-Töne noch mehr als die Duldung von Antisemitismus das Vorhaben. An ihre Stelle muss die Propagierung eines »Europa-Patriotismus« treten, zu dem jedoch gehören darf und soll, dass die »deutschen Tugenden« tragende Elemente eines Europa auf dem Wege »zur modernsten, sich am raschesten entwickelnden und wissenschaftlich führenden Region« (auf einem EU-Sondergipfel in Lissabon im Jahr 2000 proklamiertes Ziel für 2010, *jW*) sind.

Dieser Interessenlage des deutschen Imperialismus müssen alle seine Parteien vom rechten bis zum linken Rand Rechnung tragen, was allerdings vor allem für die Parteien im rechten Spektrum – angefangen bei der CDU bis zu den die deutschnationalistische und antisemitische Nazitradition pflegenden neofaschistischen Parteien und Organisationen – nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten vor sich geht.

Aber gerade im Bereich der äußersten Rechten kann man da an Traditionen aus dem Nazireich anknüpfen, hat doch schon die SS den »Europa-Gedanken« gepflegt und den Begriff »SS-Europa« geprägt. Über den »Europa-Nationalismus« der SS« schrieb schon 1993 Jürgen Lloyd (Leiter der Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen, *jW*) in einer Veröffentlichung der VVN-BdA Bielefeld mit dem Titel: »Die ›Neue‹ Rechte«: Der Europa-Nationalismus »versucht, die ideologische Begründung für die geänderte Aufgabenstellung an den Neofaschismus zu liefern. Die Interessengegensätze zwischen den westeuropäischen Staaten hatten an Bedeutung verloren. Verursacht auf der einen Seite durch die gewachsene innereuropäische Kapitalverflechtung, zum anderen durch die mehr in den Vordergrund gerückten Konflikte Europa/USA; (...) Dieser geänderten Situation passte der Neofaschismus nun seine Strategie an. Vorbild war ihm dabei keineswegs etwas Neues, sondern ein Kernstück des historischen Faschismus: die SS. (...)«

Trotz dieser Vorarbeit für die »Europäisierung« der neofaschistischen Szene in Deutschland ist von einer Umstellung der Hauptparteien in dieser Richtung noch kaum etwas zu spüren. Der Grund dafür liegt in der inneren Situation des deutschen Imperialismus.

Faschismus als »Schutz« vor Terror

Die Situation des deutschen Imperialismus nach dem Untergang der Sowjetunion und die Auswirkungen auf sein Herrschaftssystem (Teil III)

Von Kurt Gossweiler



»Der wirkliche Terrorismus ist der Staatsterrorismus der imperialistischen Mächte« – Foto: Schwerin, 12. Januar 2015: Demonstration des Pegida-Ablegers Mvgida (Mecklenburg-Vorpommern gegen die Islamisierung des Abendlandes)

Am 15. Mai starb der Historiker Kurt Gossweiler im Alter von 99 Jahren. Wir veröffentlichen in Fortsetzungen auszugsweise an dieser Stelle einen Artikel, den er unter dem Titel »Der deutsche Imperialismus und der Platz des Faschismus in seinem Herrschaftssystem heute« im Januar 2005 verfasste. Der vollständige Text ist auf der Internetseite kurt-gossweiler.de zu lesen.

Das Verschwinden der sozialistischen Staaten aus Europa, vor allem die Liquidierung der sozialistischen DDR, veränderte das Klassenkräfteverhältnis in der alten BRD und in »Neufünfland« von Grund auf. (...)

Die Umorientierung der herrschenden Klasse von der Schaufensterpolitik der »sozialen Marktwirtschaft« auf den irreführend »neoliberal« genannten Kurs des rigorosen Sozial- und Demokratieabbaus hatte auf das Parteiensystem die Wirkung, dass alle »staatstragenden« Parteien – SPD, Grüne, FDP, CDU und CSU – auf diesen Kurs verpflichtet wurden, was dazu führte, dass SPD und Grüne nach rechts rückten und in ihrer Politik von den Rechtsparteien FDP, CDU/CSU kaum noch zu unterscheiden sind. Die sozialdemokratisierte PDS, durch ihren Eintritt in Landesregierungen inzwischen selbst auch zu einer staatstragenden Partei geworden, hat folgerichtig inzwischen den von der SPD geräumten Platz auf dem linken Flügel der »staatstragenden« Parteien eingenommen. (...)

Wie wirkt sich diese Situation auf die Rolle der faschistischen Organisationen im imperialistischen Herrschaftssystem aus? Sie werden gegenwärtig nach innen wie nach außen nur als Reserve für besondere Situationen und für den Notfall gebraucht. (...)

Nachdem aber die BRD nicht mehr einem ausländischen Vergleich mit der antifaschistischen DDR ausgesetzt ist, kann sich das deutsche Monopolkapital leisten und ist sehr daran interessiert, bei auch nur den geringsten Anzeichen eines wachsenden Widerstandes von links, die äußerste Rechte zu stärken als Gegengewicht gegen den angeblichen »Linksextremismus«. Wenn schon wachsender Protest gegen die Politik des Sozialabbaus unvermeidlich ist, dann soll er von links weg nach ganz rechts kanalisiert werden, wo Angriffe gegen das Kapital nur als demagogische Rhetorik geduldet werden, um die Herrschaft des Kapitals umso wirkungsvoller zu festigen, so, wie schon in der großen Krise von 1929 bis 1933.

Jedoch dafür, den Faschismus in irgendeiner Form wieder an die Macht zu bringen, besteht für den deutschen Imperialismus – gegenwärtig jedenfalls – kein Grund. (...) Bei der jetzigen Lähmung und Zersplitterung der revolutionären Linken im Inneren und beim internationalen Kräfteverhältnis und dem gegenwärtigen Entwicklungsgrad der innerimperialistischen Gegensätze ist in Deutschland in absehbarer Zeit weder der eine noch der andere Fall in Sicht. Die Herrschenden sind sich aber durchaus darüber im klaren, dass diese Situation keineswegs von ewiger Dauer ist (...).

In der Rüstkammer des Imperialismus ist der Faschismus – in welcher Gestalt auch immer – unverzichtbar. Allerdings sollten wir uns nicht vorstellen, dass er – falls es noch einmal zu einem Versuch kommen sollte, ein faschistisches Regime in Deutschland zu errichten –, eine einfache Wiederholung des Nazifaschismus sein würde.

Erstens, weil der »Faschismus an der Macht« schon zwischen den beiden Weltkriegen in zweierlei Gestalt auftrat, wie Georgi Dimitroff schon 1928 feststellte, als er schrieb: »Die besonderen Bedingungen in den Ländern Südosteuropas verleihen dem Faschismus einen eigentümlichen Charakter. Die Eigentümlichkeit besteht vor allem darin, dass sich der Faschismus in diesen Ländern, zum Unterschied vom Faschismus in Italien zum Beispiel, vorwiegend nicht von unten, durch eine Massenbewegung, als staatliche Regierungsform durchsetzt, sondern im Gegenteil von oben. (...)«

Zweitens aber, weil die Imperialisten aller Länder heute einen ganz neuen Weg zur Außerkräftsetzung der bürgerlich-demokratischen Grundrechte, zur Errichtung einer uneingeschränkten Präsidential- oder Regierungsdiktatur erfunden haben – einen neuen Feind als Ersatz für den verlorengegangenen, für die Sowjetunion. Ein solcher Ersatz ist unverzichtbar. (...) Kaum war der Gegner Sowjetunion liquidiert – schon präsentierte der durch Wahlschwindel mit Gerichtshilfe ins Amt gehievte neue USA-Präsident George W. Bush den neuen Feind, von dem die USA und die ganze »freie Welt« tödlich bedroht seien und gegen den nun ein erbarmungsloser Krieg zu führen sei: den »Terrorismus«. (...)

Dieser neue Feind »Terrorismus« ist eine fast geniale Erfindung, weil sie als Allzweckwaffe eingesetzt werden kann und auch wird: Nach außen zur Begründung von Kriegen und sogar von »Präventivschlägen«, um einer »tödlichen Bedrohung der freien Welt zuvorzukommen«; und nach innen zur Begründung der Einschränkung bis zum völligen Abbau der verfassungsmäßigen Grundrechte und der Errichtung eines totalen Überwachungs- und Polizeistaates, »weil der

Terrorismus keine Grenzen kennt und überall zuschlagen kann«. Ein künftiger, neuer Faschismus könnte also auch daherkommen als »Schutz der Staatsbürger vor dem Terrorismus«.

<https://www.jungewelt.de/artikel/312249.der-wirkliche-terrorismus.html>

Aus: **Ausgabe vom 10.06.2017**, Seite 3 (Beilage) / Wochenendbeilage

Der wirkliche Terrorismus

Der Imperialismus nach dem Untergang der Sowjetunion und dessen Auswirkungen auf sein Herrschaftssystem (Teil IV und Schluss)

Von Kurt Gossweiler



»Es ist dieser imperialistische Staatsterrorismus, der den verzweifelten, einer waffenstarrenden Übermacht hoffnungslos unterlegenen Völkern keine andere Möglichkeit zum Widerstand lässt als den Guerillakrieg oder den individuellen Gegenterror.« – US-Panzer vor dem Leichnam eines Jungen, der von den Besatzungstruppen erschossen wurde (Kerbala/Irak, 5. April 2003)

Am 15. Mai starb der Historiker Kurt Gossweiler im Alter von 99 Jahren. Dies ist der letzte Teil eines auszugsweise in den letzten Wochen an dieser Stelle veröffentlichten Artikels, den Gossweiler unter dem Titel »Der deutsche Imperialismus und der Platz des Faschismus in seinem Herrschaftssystem heute« im Januar 2005 verfasste. Der vollständige Text ist auf der Internetseite kurt-gossweiler.de zu lesen.

Kaum war der Gegner Sowjetunion liquidiert – schon präsentierte der durch Wahlschwindel mit Gerichtshilfe ins Amt gehievt neue US-Präsident George W. Bush den neuen Feind, von dem die

USA und die ganze »freie Welt« tödlich bedroht seien und gegen den nun ein erbarmungsloser Krieg zu führen sei: den »Terrorismus«.

Zunächst und für längere Zeit fand er beim Volk der USA und in der ganzen westlichen Welt Glauben, hatten doch Terroristen am 11. September 2001 durch den unglaublichen Angriff mit zwei Flugzeugen die beiden Türme des World Trade Centers zum Einsturz gebracht. Nur stellte sich mehr und mehr heraus, dass dieser Hauptbeweis für die Existenz und Gefährlichkeit des neuen Feindes »Terrorismus« niemandem so nützlich war wie Bush und seinen Nächsten selbst.

Aber noch viel verdächtiger: Es wurde bekannt, dass zuständige Stellen über den bevorstehenden Angriff längere Zeit vorher informiert waren, aber nichts unternahmen, um ihn zu verhindern. Und erwiesen ist auch, dass der Krieg gegen den Irak mit lauter bewussten Lügen begründet wurde. (...)

Der wirkliche Terrorismus ist indessen der Staatsterrorismus der imperialistischen Mächte zur Neokolonialisierung, Unterwerfung und Ausbeutung der kleinen und schwachen Länder und Völker. Es ist dieser imperialistische Staatsterrorismus, der den verzweifelten, einer waffenstarrten Übermacht hoffnungslos unterlegenen Völkern keine andere Möglichkeit zum Widerstand lässt als den Guerillakrieg oder den individuellen Gegenterror.

In der Bibel haben wir in der Geschichte von David und Goliath ein treffendes Bild für einen Zweikampf dieser Art. Allerdings müssen wir zu einer radikal anderen Einschätzung des David kommen, wenn wir an diese Geschichte die Terrorismusdefinition der Bush und (Ariel) Sharon (1928–2014, israelischer Politiker und General, *JW*) anlegen: David kann dann nicht länger als der schwache, aber listige und sympathische Sieger über die Überlegenheit roher Kraft gesehen werden, nein: Er ist ein Terrorist, der – wie die Palästinenser – mit List und Tücke das Naturrecht des Stärkeren auf Herrschaft über die Schwächeren nicht gelten lassen will.

Da die Ursache des Terrors von unten der imperialistische Staatsterror ist, wird der »Krieg gegen den Terrorismus«, diese Steigerung des Staatsterrors, nur zur Steigerung und weltweiten Ausbreitung der Unsicherheit vor der terroristischen Gegenwehr von unten führen. Frieden und Sicherheit für alle wird es erst geben, wenn es keinen Imperialismus mehr gibt.

Hier soll nicht wiederholt werden, was an vielen Stellen schon über die Notwendigkeit und das »Wie« des Kampfes gegen den Faschismus und Neonazismus gesagt und geschrieben wurde. Ich erinnere nur daran, dass der massenhafte Zustrom zu faschistischen Organisationen nicht zufällig in die Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges, der Wirtschafts- und politischen Krisen fällt, in die Zeiten also, in denen Hunderttausende und Millionen Arbeiter und Angestellte in die Arbeitslosigkeit, Selbständige in den Bankrott gestürzt werden und Jugendliche aus der Schule in ein Leben ohne jede Zukunftsperspektive entlassen werden, in Zeiten also, in denen Millionen zu dem Ergebnis kommen, so kann, so darf es nicht weitergehen, und nach einem Ausweg suchen. Wenn sie auf der Linken keine Kraft finden, der sie zutrauen können, sie auf den Weg aus dem Elend in eine bessere Zukunft zu führen, sondern dort nur Zersplitterung und gegenseitigen Kampf antreffen, dann blüht der Weizen der rechten Demagogen, der Neonazis, der Faschisten.

Es kommt also vor allem darauf an, dass die Linke ihre Uneinigkeit überwindet und sich zu einer einheitlichen, glaubwürdigen Kämpferin für die Abwehr der Kapitaloffensive und für eine offensive Vertretung der Interessen der Arbeitenden zusammenschließt. Dabei käme der PDS eine bedeutende Rolle zu. Aber wie kann eine Partei Glaubwürdigkeit bei den Massen erwerben, die in ihren Wahlparolen »Hartz IV« attackiert, in Landesregierungen aber »Hartz IV« durchführt und eine Einheitsfront mit anderen linken Kräften wie der DKP und der KPD ablehnt? Die PDS-Führung verteidigt ihre Regierungsbeteiligung mit dem Argument, damit Schlimmeres zu verhüten. Das ist klassische »Kleinere-Übel-Politik«. 1932/33 ist die Einheitsfront gegen Kapitaloffensive und Faschismus an der Politik des »kleineren Übels« der SPD gescheitert, die gegen die prophetische Aussage Ernst Thälmanns: »Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, und wer Hitler wählt, wählt den Krieg!« die Wahlaufforderung setzte: »Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler!«

Wer nicht erneut geschlagen werden will, muss aus der Geschichte lernen!